



Kronen Zeitung, „Jetzt kommt der Ansturm auf die Pflegeplätze“, 16. Dezember 2017

Ehemaliger Lobbyist packt aus
Geständnis belastet Grasser
Lobbyist Hohegger Karl-Heinz Grasser
● BERICHTE IM RICHTSTEIL

Samstag, 16. Dezember 2017 € 1,20

Kronen Zeitung
UNABHÄNGIG
Wien Krone
kronen.at Ausgabe Nr. 20
Wien 1190, Muthgasse 2 ☎ 05 70 66 66
Abonnement-Service: ☎ 05 70 66 66

Kurz und Strache einig
AUF EINE ÖVP-FPO-REGIERUNG einigten sich Sebastian Kurz und H.-C. Strache Freitag Abend. Das Finanzressort übernimmt ein Überraschungsmann: der bisherige UNIQA-Vorstandsvorsitzende Hartwig Löger. SEITEN 2/3

ANZEIGE
Triff den Weihnachtsmann auf unserer Bühne und mache mit ihm dein Foto!
Sa. 16.12, 12h-18h
Do. 21. + Fr. 22.12. 10-21h, Sa. 23.12. 12-18h
LUGNER CITY

ANZEIGE
Vierfach Jackpot 5,8 Mio.€
LOTTO
spiele-mit-verantwortung.at

ANZEIGE
Heute in der „Krone“: Tolle Advent-Preise zu gewinnen!

GENAU GENOMMEN

„Wenn's wirklich wichtig ist, dann lieber mit der Post“, lautet ein Werbespruch derselbigen. Trotzdem läuft auch beim Ex-Staatsbetrieb nicht immer alles rund, wie eine Odyssee rund um eine Pensionsauszahlung durch den Briefträger zeigt. Da das Geld nämlich wegen Abwesenheit des Empfängers nicht ausbezahlt werden konnte, wurde ein „gelber Zettel“ hinterlegt. Mit diesem ging es zum Postpartner. Dort hieß es, man sei zu spät. Samstagnachmittag sei geschlossen. Auf den Hinweis, dass am Abholschein samstags bis 18 Uhr offen sei, hieß es nur, „die Öffnungszeiten stimmen nicht“. Am besten sei es, man lässt sich das Geld überweisen. Daher der Griff zum Telefon. Dort hörte man zuerst wieder die falschen Öffnungszeiten, und dann, wenn man einen Mitarbeiter sprechen will, „Taste drücken“. Danach flog man jedes Mal aus der Leitung. Endlich durchgekommen, hieß es, man könne nicht helfen und solle den PSK-Kundenservice kontaktieren. Dieser meinte dann, er sei nicht zuständig...

Regress fällt ab Jänner:

„Jetzt kommt der Ansturm auf die Pflegeplätze“

Foto: Marlene Fröhlich



Ab Neujahr kein Zugriff auf das Vermögen von Pflegebedürftigen und Angehörigen. Befürchtet werden Kostenlawine und Mangel an Plätzen.

„Das wird das brisanteste Thema, viel mehr noch als die Pensionen“, meint Sozialexperte Prof. Bernd Marin trocken zur von der Noch-Regierung beschlossenen Abschaffung des sogenannten Pflege-Regresses. Ab 1. Jänner müssen demnach weder Betroffene noch deren Angehörige mit Sparbuch, Wohnung oder anderem Vermögen Pflegeheimkosten bezahlen, die nicht durch die Pension (abzüglich 20% Taschengeld) plus Pflegegeld gedeckt werden können. Nur die Pflegebedürftigen im Heim und ihre Erben ersparen sich so künftig Hunderte Millionen €.

Gut für sie, doch fatal für die Allgemeinheit, warnt Marin vor zahlreichen Haken. „Wir setzen so die völlig falschen Anreize, denn es wird natürlich zu einem Ansturm auf die Pflegeheime kommen. Die privat organisierte Pflege daheim muss man ja weiter fast voll selbst-

Prof. Bernd Marin: „Wir setzen die völlig falschen Anreize. Nur die Erben werden jetzt pflegerisikofrei...“

Wir produzieren jetzt eine Mangelwirtschaft. Das heißt, es wird wohl zu Restriktionen beim Zugang kommen.

Sozialexperte Prof. Bernd Marin



Prof. Dr. E. Hanappi-Egger, WU-Rektorin

EXPERTEN FORUM

Ein Ministerium für die Bildung greift zu kurz, Wissenschaft und Forschung dadurch in Gefahr

Öffentliche Unis nehmen den größten Teil der Hochschullandschaft Österreichs ein. Immerhin 78% aller Studierenden, also knapp 300.000 Personen, sind an einer öffentlichen Institution eingeschrieben. Sie tragen somit einen wesentlichen Teil zur Bildung der Bevölkerung bei und erbringen gleichzeitig wichtige Forschungsleistungen, die für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ebenso relevant sind wie für die Standortentwicklung. Eine zukünftige Bundesregierung muss endlich erkennen, dass Universitäten mit ihren Kernaufgaben – nämlich Forschung und forschungsgeleitete Lehre – wichtige Beiträge für Innovationen leisten. Unis mit Ausbildungsstätten in ein Bildungsministerium zusammenzufassen, greift daher viel zu kurz. Es bestünde die Gefahr, dass Wissenschaft und Forschung ausgeklammert oder gar einem anderen Ressort zugeteilt und universitäre Studien auf reine Ausbildungsaspekte reduziert werden.

Kosten in den Bundesländern

Stationäre Pflege in Millionen Euro

	2012	2015	2020	2030	Anstieg
Vorarlberg	46,6	57,8	75,1	121,2	160%
Salzburg	45	54,9	69,3	114,60	155%
Tirol	69,7	85,8	109,4	175,9	152%
Oberösterreich	163,6	197,7	245,8	380,7	133%
Niederösterreich	159,5	191,5	237,6	370,1	132%
Wien	449,2	509,5	605,8	978,8	118%
Kärnten	77,2	91,9	110,1	166,3	115%
Steiermark	191,8	226,8	274,3	411,8	114%
Burgenland	24,4	28,9	34,9	52	112%

Die Länder sind für Schaffung und großteils auch Finanzierung der Pflegeheimplätze zuständig. Laut jüngster Studie des Wifo werden die Kosten dafür vor allem ab 2020 rasant steigen, wenn geburtenstarke Jahrgänge verstärkt pflegebedürftig werden dürften. Gegenüber 2012 könnte das Burgenland 112%, Vorarlberg sogar 160% mehr dafür aufwenden müssen.

bezahlen, das kostet oft über Pension und Pflegegeld hinaus noch bis zu 1500 € monatlich. Die Bundesländer, die für Pflegeheime zuständig sind, erwarten ebenfalls mehr Andrang von Menschen, die wegen des Regresses bisher lieber zuhause betreut wurden. Sie rechnen nun mit rund 400 Mio. € Mehrkosten im Jahr, der Fiskalrat fürchtet mittelfristig sogar 700 Millionen.

Derzeit zahlen die Länder etwa 1,5 Mrd. € für ihre Heime (mit mobilen Diensten usw. sogar über 2 Mrd. €), der Bund steuert für Pflegegeld (456.000 Bezieher) etc. weitere 2,7 Mrd. € bei. Das Wifo hat jüngst hingewiesen, dass vor allem ab 2030 eine Kostenlawine kommt, wenn die „Babyboomer-Generation“ über 80 Jahre sein

Wir geben genau so viel für Gesundheit und Prävention aus wie die Dänen, haben aber dreimal so viele Pflegefälle.

Sozialexperte Prof. Bernd Marin

wird. Je nach Land würden die Kosten daher selbst bei mittleren Annahmen (Zahl der Betroffenen, Lohnerhöhungen etc.) um bis zu 160% ansteigen (s. Tabelle). Derzeit gibt es etwa 64.000 Heimplätze, bis 2020 sollten es laut Sozialministerium 77.500 sein, doch der Ausbau geht langsam.

Entlastung könnte mehr Effizienz im System bringen, sagen Wifo und Prof. Marin: „Wir geben genau so



STICHWORT



Willibald Hafellner, NÖ. Teichwirtsverband

Karpfen

Karpfengerichte sind ein beliebtes Festessen. Gibt es heuer überhaupt genug Angebot, oder haben Fischotter, die ja den Betrieben immer mehr Schwierigkeiten bereiten, den Großteil aufgefressen?

Keine Sorge, es gibt dieses Jahr rund 400 Tonnen dieser Fische. Der Weihnachtskarpfen ist also gesichert.

Die Branche hat jetzt sicher Hochsaison.

Ja, im Dezember werden 75 Prozent des Angebots vermarktet.

Und die Sorgen mit den Fischottern?

Das Problem mit den Fischottern ist für unsere Betriebe enorm. Alleine im Waldviertel gehe ich von bis zu 1000 Tieren aus, die unsere Teiche ausräumen. In der Steiermark, Kärnten, Salzburg und Oberösterreich klagen die Fischer ebenfalls.

Wie hoch sind die Ausfälle 2017?

Je nach Betrieb lag der Schaden diese Saison bei bis zu 40 Prozent des Bestandes.

Kosten Karpfen deshalb dieses Jahr mehr?

Nein, die Preise sind gleich geblieben. Für ein geschöpftes Filet müssen Konsumenten zum Beispiel mit rund 29 € pro Kilo rechnen.

Wünschenswert ist ein eigenes Ressort für Wissenschaft, Forschung und Innovation, das die universitäre Bildung als Teil dieser Bereiche sieht. Damit würde klargemacht werden, dass Unis öffentlich zugängliches Fachwissen schaffen und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern.

ZITATE

„Das ist verfeinert, manche sagen unnötig verkompliziert worden.“

Fiskalrat-Chef Bernhard Felderer über die Maastricht-Kriterien (maximal 3% Defizit, 60% Staatsverschuldung).

„Ohne Abwäscher kein Koch, ohne Koch kein Kellner, ohne Kellner kein Buchhalter.“

Michaela Reitterer, Präsidentin der Hoteliervereinigung, kritisiert die Job-Auswirkungen der verringerten Kontingente für ausländische Saisonkräfte.

„Eigentlich ist es so, dass der Kunde die Filiale schließt.“

Wenn zu wenig Kunden kommen, muss man zusperren, weiß Raiffeisen-Landesbank-NÖ-Wien-Chef Klaus Buchleitner.

„Österreich soll wieder in der Top-Liga mitspielen, aus der es zuletzt abgestiegen ist.“

Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich.

„Trend in Österreich: Neues Jahr nüchtern und bewusst beginnen“

Aussendung der Tourismusfirma ProFasten.